

PROTOKOLL

über die

öffentliche Sitzung des Samtgemeinderates Bothel

Sitzungsdatum: Dienstag, den 09.09.2025
Beginn: 19:30 Uhr
Ende: 22:15 Uhr
Ort, Raum: Bothel in der Wiedau-Schule Bothel (Mensa), Schulstraße 25, 27386
Bothel

Das Ergebnis der Beratung ergibt sich aus den folgenden Seiten.

gez.

(Jochen Hestermann)
Ratsvorsitzender

gez.

(Dirk Eberle)
Samtgemeindebürgermeister

gez.

(Birgit Ahlswe)
Protokollführung

Anwesenheitsliste

zur öffentlichen Sitzung des Samtgemeinderates Bothel am 09.09.2025

Vorsitzende/r

Hestermann, Jochen CDU

Mitglieder

Brinker, Ludgerus CDU
Bruns, Anja CDU
Eberle, Dirk parteilos
Gerken, Henry SPD / Liste
Harth, Thorsten CDU
Holsten, Jasmin GRÜNE / BLM
Holsten, Sabine GRÜNE / BLM
Hoppe, Ursula CDU
Hornhardt, Gabriele, Dr. GRÜNE / BLM
Keitz, Manfred SPD / Liste
Lüdemann, Rolf CDU
Lüning, Friedrich Einzelratsmitglied
Meyer, Hans-Hinnerk CDU
Meyer-Diercks, Michael CDU
Murso, Sascha SPD / Liste
Schmidt, Erika SPD / Liste
Struck, Manfred SPD / Liste
Tümler, Uta SPD / Liste
Wiedemann, Jens CDU
Woltmann, Malte CDU
Wulff, Sibylle SPD / Liste

Protokollführer/in

Ahlswe, Birgit

Verwaltung

Behr, Volker Allgemeiner Stellvertreter
Harth-Kotteck, Anke Personalamtsleitung
Koopmann, Henrik Samtgemeindeoberinspektor

Tagesordnung:

- 1 Eröffnung, Feststellung der Ladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit
- 2 Feststellung der Tagesordnung und vorliegender Anträge sowie Beschlussfassung über nichtöffentliche Behandlung
- 3 Genehmigung des Protokolls 2/2025 vom 20.05.2025
- 4 Mitteilungen des Samtgemeindebürgermeisters
- 5 **54. Änderung des Flächennutzungsplans - Brockel Bahnhof**
Vorlage: 01-35/2025
- 6 1. Nachtragshaushaltssatzung 2025 nebst 1. Nachtragshaushaltsplan und Stellenplan
Vorlage: 01-36/2025
- 7 **Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Abwasserbeseitigung der Samtgemeinde Bothel (Abwassergebührensatzung)**
Vorlage: 01-33/2025
- 8 Beratung zu den Grundschulstandorten in der Samtgemeinde Bothel
 - Antrag der CDU-Fraktion Antrag auf Erhalt der vier Grundschulstandorte in der Samtgemeinde Bothel vom 26.08.2025
 - Erweiterungsantrag der Gruppe SPD / Liste im Samtgemeinderat Bothel: Sachorientiertes Vorgehen zur Entwicklung der Grundschulstandorte in der Samtgemeinde Bothel vom 27.08.2025
Vorlage: 01-40/2025
- 9 Kommunalwahlen in Niedersachsen am 13.09.2026; Bestimmung des Wahltages für die Direktwahl der Samtgemeindebürgermeisterin/des Samtgemeindebürgermeisters
Vorlage: 01-32/2025
- 10 Unbefristete Besetzung der Stelle Klimaschutzmanagement
Vorlage: 01-37/2025
- 11 Behandlung von Anfragen und Anregungen
- 12 Einwohnerfragestunde

TOP 1 Eröffnung, Feststellung der Ladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit

Ratsvorsitzender (RV) Hestermann eröffnet die Sitzung, begrüßt die anwesenden Zuschauer, die Ratsmitglieder, Herrn Schrikl von der PGN sowie die Mitarbeitenden der Verwaltung und stellt sodann die ordnungsgemäße Ladung, die Anwesenheit sowie die Beschlussfähigkeit des SGR fest.

TOP 2 Feststellung der Tagesordnung und vorliegender Anträge sowie Beschlussfassung über nichtöffentliche Behandlung

RV Hestermann stellt die Tagesordnung wie vorliegend fest.

TOP 3 Genehmigung des Protokolls 2/2025 vom 20.05.2025

Das Protokoll wird in der vorliegenden Form genehmigt.

Es wird einstimmig beschlossen: Ja: 22 Nein: 0 Enthaltungen: 0

TOP 4 Mitteilungen des Samtgemeindebürgermeisters

4.1 Fotostation im Einwohnermeldeamt

Seit Juni 2025 haben die Einwohnerinnen und Einwohner die Möglichkeit, die für Ausweise und Reisepässe erforderlichen digitalen biometrie-tauglichen Lichtbilder an einer Fotostation im Einwohnermeldeamt des Rathauses aufzunehmen. Dieser Service kostet zusätzlich zur Dokumentengebühr 6,00 €. Das neue Angebot wird seither sehr gut angenommen, so wurden bis Ende August bereits rund 200 Fotos mit dem neuen Aufnahmesystem (sog. PointID) erstellt. Einziges Manko: Nicht nur der mit der Bedienung des neuen Equipments verbundene Aufwand für die Mitarbeiterinnen hat sich erhöht, auch die Bearbeitung der Anträge nimmt naturgemäß nun mehr Zeit in Anspruch, so dass es zu Stoßzeiten auch zu längeren Wartezeiten kommen kann.

4.2 Änderung Nds. Gesetzes über den Finanzausgleich (FAG)

Die Landesregierung beabsichtigt das Niedersächsische Gesetz über den Finanzausgleich (FAG) zu ändern. Die Aufteilungsverhältnisse für Schlüsselzuweisungen zwischen Landkreis und Kommunen sollen zugunsten der Kommunen geändert werden. Das Landesamt für Statistik (LSN) hat in einer Modellrechnung ermittelt, dass die Samtgemeinde Bothel, bezogen auf die Steuerkraft 2024, bei Umsetzung des Gesetzesentwurfs ab dem Jahr 2026, ca. 130.000 € höhere Schlüsselzuweisungen erhalten würde.

4.3 Niedersächsisches Kommunalfördergesetz

Die Landesregierung beabsichtigt noch in diesem Jahr ein sogenanntes Niedersächsisches Kommunalfördergesetz (NKomFöG) zu beschließen. Es sollen 600 Mio € an die Nds. Kommunen ausgekehrt werden – hiervon 318.458,19 € an die Samtgemeinde Bothel. Für das Jahr 2025 wurde eine Vorauszahlung in Höhe von 212.305,46 € angekündigt. Das Gesetz wurde noch nicht beschlossen. Die Mittel wurden nicht im Nachtragshaushalt berücksichtigt.

4.4 Erhöhung Kreisumlage

Im Haushalt 2025 wird ab dem Jahr 2026 von einer Erhöhung der Kreisumlage von 44 v.H. auf 46 v.H. ausgegangen. Der höhere Umlagebetrag ist in der mittelfristigen Finanzplanung bereits berücksichtigt. Zwischenzeitlich hat der Landkreis angekündigt, dass die Kreisumlage mindestens auf 47 v.H. erhöht werden muss.

Die Mehraufwendungen für die Erhöhung der Kreisumlage beträgt für die Samtgemeinde und die Mitgliedsgemeinden, je nach Entwicklung der Steuerkraft, insgesamt voraussichtlich deutlich mehr als 350.000 €.

4.5 Schließung des Rathauses zwischen den Feiertagen

Das Rathaus bleibt zwischen Weihnachten und Neujahr (also vom 24.12.2025 bis 01.01.2026) sowie am 02.01.2026 geschlossen.

4.6 Planung des Feuerwehrhauses Brockel

Die Planungen des neuen Feuerwehrhauses in Brockel schreiten voran. Nachdem das Bebauungsplanverfahren der Gemeinde Brockel inzwischen eine hinreichende Planreife erlangt hat, sind auch die Bauantragsunterlagen vom Planungsbüro ICR erstellt worden. Der Bauantrag wurde heute von mir unterzeichnet. Er wird noch im Laufe dieser Woche beim Landkreis Rotenburg (Wümme) eingereicht.

4.7 Erweiterung der Kläranlage Bothel

Der Bau des 4. Vererdungsbeetes für die Kläranlage Bothel ist weitestgehend abgeschlossen. Vor gut drei Wochen wurden die Schilfpflanzen in das neue Beet gesetzt und es hat inzwischen die erste Beschickung stattgefunden. Es stehen jetzt noch Arbeiten an der Steuerungsanlage an und es müssen noch einige Folien geschweißt werden. Die Kompensationsmaßnahmen und der Zaunbau werden im Herbst dieses Jahres umgesetzt.

TOP 5 54. Änderung des Flächennutzungsplans - Brockel Bahnhof
Vorlage: 01-35/2025

AV Behr erläutert die Beschlussvorlage.

SGBM Eberle bedankt sich bei allen Beteiligten für die Zusammenarbeit an der Bestandsänderung des Flächennutzungsplanes. Eine solche Änderung ist selten und es ist hier sehr gut gelungen, alle Belange zu berücksichtigen.

Herr Schrikl von der PGN geht mit der Darstellung des Kartenmaterials kurz auf die Änderungen des Flächennutzungsplanes ein.

RF Dr. Hornhardt lobt die Arbeit an dem Flächennutzungsplan als qualitativ sehr hochwertig und hebt die Verteilung der Geräuschkontingente hervor. Die Belange der Bevölkerung wurden sehr gut berücksichtigt.

RH Lüdemann spricht ebenfalls seinen Dank aus. Es ist gelungen viele Einzelmaßnahmen unter einen Hut zu bringen und stellt den Antrag auf Abstimmung über die Beschlussvorlage.

RH Meyer-Diercks ergänzt, dass der Fachausschuss eine Zustimmung empfohlen hat.

RV Hestermann bedankt sich bei Herrn Schrikl für sein Kommen und lässt über die Beschlussvorlage abstimmen.

- a) **Die von den beteiligten Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange sowie die im Rahmen der öffentlichen Auslegung vorgetragene Anregungen werden entsprechend der beiliegenden Abwägung behandelt.**
- b) **Die Feststellung der Flächennutzungsplanänderung Nr. 54 mit Begründung einschließlich des Umweltberichtes wird beschlossen.**

Die Anlagen sind Bestandteil dieses Beschlusses.

Es wird einstimmig beschlossen: Ja: 22 Nein: 0 Enthaltungen: 0

TOP 6 Nachtragshaushaltssatzung 2025 nebst 1. Nachtragshaushaltsplan und Stellenplan
Vorlage: 01-36/2025

SGOI Koopmann erläutert die Beschlussvorlage. Er hebt hervor, dass die Haushaltslage bei den Kommunen generell angespannt ist. Da die Kommunen überwiegend Pflichtaufgaben haben, gibt es wenig Einsparpotential. Bei einzelnen Posten ergeben sich Veränderungen durch zeitliche Verschiebung, Kostensteigerung oder Einsparung. Er nennt in diesem Zusammenhang den Bau des Feuerwehrhauses Brockel, der sich verzögert, so wie auch der Rathausanbau. Hier gibt es auch Kostensteigerungen z.B. bei der Ausstattung. Die Tarifierhöhungen dagegen fallen mit 3% um 1% geringer aus als angesetzt. Sparpotential liegt

ggfs. in strukturellen Veränderungen, wie der Zentralisierung von Bauhofaufgaben oder den Standorten von Kindertagesstätten, Schulen und Feuerwehrhäusern.

RF Tümler verweist auf die Kostensteigerungen beim Rathausanbau.

AV Behr erklärt, dass es sich dabei teilweise im Kosten handelt, die sich von 2024 auf 2025 verschoben haben.

SGBM Eberle ergänzt, dass abgesehen von Nachbesserungen für den Katastrophenschutz bezüglich Einspeisefähigkeit, die tatsächlichen Kosten ziemlich gut an den Schätzungen liegen.

RF Dr. Hornhardt vermag dem Nachtragshaushaltsplan nicht zuzustimmen. Sie moniert die hohen Kosten für den Rathausanbau und den Klimamanager. Auch Photovoltaikanlagen sieht sie kritisch, da diese nicht mehr bezuschusst werden. Das Feuerwehrhaus Brockel könnte schlichter sein.

SGBM Eberle erwidert, dass nur Photovoltaikanlagen errichtet werden, deren Energie auch selbst genutzt wird und somit Kosten eingespart werden. Das Feuerwehrhaus Brockel wurde bereits schlank geplant und die Gemeinde trägt zur Kostenreduzierung bei, indem sie das alte Feuerwehrhaus übernimmt. Das zusammen ist eine vernünftige und günstige Lösung.

RF Hoppe bedankt sich bei SGOI Koopmann für die interessanten Ausführungen zum Nachtragshaushaltsplan. Dieser ermöglicht eine gute Übersicht über den Stand der Finanzen, mit denen die Samtgemeinde Bothel immer noch ganz gut dasteht. Sie stellt den Antrag auf Abstimmung.

RF Holsten hebt nochmal das Einsparpotential von Photovoltaikanlagen hervor, sofern die Energie selbst genutzt wird. Der Nachtragshaushaltsplan zeigt gut, wo die Samtgemeinde steht und wo es hingehen soll.

RV Hestermann lässt über die Beschlussvorlage abstimmen.

Die 1. Nachtragshaushaltssatzung 2025 nebst Nachtragshaushaltsplan und Stellenplan wird beschlossen.

Es wird einstimmig beschlossen: Ja: 21 Nein: 0 Enthaltungen: 1

**TOP 7 Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Abwasserbeseitigung der Samtgemeinde Bothel (Abwassergebührensatzung)
Vorlage: 01-33/2025**

SGOI Koopmann erläutert die Änderungen an der Satzung.

RF Hoppe bedauert, dass das Wasser für die Gartenbewässerung so günstig ist und bittet um Mitteilung über das Protokoll, wieviel cbm Trinkwasser für die Garten-Bewässerung pro Jahr verbraucht wird.

Nachrichtlich:

Im Jahr 2024 wurden 1204 Zähler abgerechnet:

Anzahl	Abzugsmenge in cbm
325	0
473	01-10
205	11-25
86	26-50
54	51-100
27	101-200
34	201-5397
1204	49431

Erläuterung:

Je Abzugszähler wurde eine Grundgebühr in Höhe von 7,50 € erhoben.

325 Zähler ohne Abzugsmenge

473 Zähler hatten eine Abzugsmenge unter 10 cbm.

Bei den Großverbrauchern handelt es sich fast ausschließlich um landwirtschaftliche Betriebe.

Nach einem kurzen Austausch zu den Vorteilen der Änderungen lässt RV Hestermann über die Beschlussvorlage abstimmen.

Die beigefügte Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Abwasserbeseitigung der Samtgemeinde Bothel (Abwassergebührensatzung) wird beschlossen.

Es wird einstimmig beschlossen: Ja: 22 Nein: 0 Enthaltungen: 0

SGBM Eberle zeigt sich ebenfalls überrascht von dem Antrag der CDU-Fraktion. Grundschulen sind ein enormer Standortfaktor. Sie geben Geborgenheit. Kleine Grundschulen sind große Argumente, das ist bei allen Beteiligten der Fall. Diese Argumente sind größer als alle anderen. Warum haben wir uns dann die Mühe gemacht, für 60.000 € ein Planungsbüro zu beauftragen und eine Planungsgruppe einzurichten? Weil das alles nicht so einfach ist. Der jetzige Ganztagsunterricht wird sich in Zukunft auf 5 Tage die Woche für jeweils 8 Stunden belaufen. Die Kinder sind den ganzen Tag in der Schule. Dies ist eine ganz andere Situation als bisher. Wie werden die Räume, das Personal und das Mittagessen an diese Situation angepasst? Mensa, Fachräume u.s.w. Was tun, wo es bereits einen Hort gibt? Was kostet das alles und wieviel Geld stellt das Land zur Verfügung? Das alles ist bisher nicht bekannt. Das Gespräch mit den Schulen ist wichtig. Der Personalbedarf ist jetzt bereits eng, der Zustand der Gebäude wurde bereits erwähnt. Dem gegenüber wurde die Mensa in der Oberschule gebaut, das Gebäude wurde teilweise saniert und digitalisiert. Unsummen wurden für den Brandschutz ausgegeben. In den Schulen Hemslingen und Kirchwalsede stecken große Herausforderungen, darüber muss man sich Gedanken machen.

Darüber hinaus, ist die Entwicklung der Schülerzahlen rückläufig. Zum Vergleich: die Stadt Visselhövede liegt ungefähr gleich mit der Samtgemeinde und hat nur zwei Grundschulen. Wie wollen wir damit umgehen, wenn uns diese Tatsachen einholen? Der Lehrermangel nimmt stark zu. Dem gegenüber steht die Frage: Was brauchen unsere Kinder? Die hohe Qualität der Grundschularbeit in Hemslingen und Kirchwalsede muss erhalten bleiben. Aber sollten nicht auch andere Kinder davon profitieren? Alle diese Fragen sind noch zu klären.

Finanziell gesehen, können nicht alle Schulen saniert und auf den aktuellen Stand gebracht werden. Das Geld hat die Samtgemeinde Bothel nicht. Auch nicht, wenn diese Kosten gestreckt werden. Zusagen diesbezüglich vom Land liegen nicht vor.

Schulpolitik war bisher immer ein gemeinsames Projekt über das sich alle Fraktionen Gedanken gemacht und zusammen entschieden haben. SGBM Eberle appelliert an alle, den Weg zu Ende zu gehen und dann mutig zu entscheiden.

RF Holsten bedauert, dass die Schulen in der Vergangenheit etwas vernachlässigt wurden. Sie sieht den Antrag der CDU als Grundsatzbeschluss, der die erforderlichen Maßnahmen voranbringen soll. Kleine Schulen haben viele positive Aspekte. Die herausragende Arbeit der Grundschule Hemslingen kann nicht woanders implementiert werden. Die Standorte sollten daher erhalten bleiben.

RH Meyer-Diercks teilt mit, dass der Entschluss zu dem Antrag nicht leichtfertig gefällt wurde. Die Bertelsmann-Stiftung sieht bis 2030 einen Überschuss von Lehrern. Die Defizite bei den Grundschulen Hemslingen und Kirchwalsede hätten früher erkannt und finanziert werden müssen, entgegen anderen Maßnahmen wie dem Fidi-Bohn-Wech und dem Jubiläum der

Samtgemeinde Bothel. RH Meyer-Diercks ist für den Antrag, da er den jungen Familien Verlässlichkeit bietet.

RF Dr. Hornhardt schließt sich dem Antrag der CDU an, da es sich um einen Grundsatzbeschluss handelt. Es geht nicht nur um Finanzen, es geht um kleinere Klassen. Es ist nicht angebracht, dass Erstklässler mit dem Schulbus fahren. Es geht aber auch um Fördermittel. Laut Bildungsportal Niedersachsen laufen Fristen für die Förderung ab. Die wären dann verloren.

RH Murso wirft ein, dass diese Fristen verlängert wurden.

RF Dr. Hornhardt sieht es als politische Botschaft, dem CDU-Antrag zu folgen. Im zweiten Schritt sollte auf den SPD-Antrag eingegangen werden. Dadurch werden Eltern und Schülerschaft eingebunden.

RH Wiedemann betrachtet das Thema im Hinblick auf die Inklusion. Die wäre in kleinen Schulen besser zu bewältigen, da das Zusammenspiel zwischen Lehrern und Eltern besser ist. Der Bustransfer wäre mit 20 Minuten zu lang, zwei Busse einzusetzen zu teuer. RH Wiedemann erwähnt das finnische Schulsystem, dass als eines der besten der Welt gilt und zu 97% ein- bis zweizügig ist.

Die Kosten könnten durch energetische Sanierungen nivelliert werden. Eventuell muss man auch damit leben, dass die Samtgemeindeumlage erhöht wird. Das Steueraufkommen sollte durch die Förderung von Zuzug erhöht werden. Dazu können die Grundschulstandorte beitragen.

RH Gerken empfiehlt, dass die Arbeitsgruppe und der Schulausschuss noch einmal zusammenkommen. In der Vergangenheit konnten die Entscheidungen bezüglich Schulentwicklung immer fraktionsübergreifend und mehrheitlich beschlossen werden. Er äußert den Wunsch, dass das hier auch der Fall sein sollte.

RH Woltmann kann einer Schließung aus rein finanziellen Gründen nicht zustimmen. Es wurde auch dem Rathausanbau zugestimmt, weil dieser nötig war.

RH Meyer dankt für die Würdigung der herausragenden Arbeit der Grundschule Hemslingen. Er würde einen einstimmigen Beschluss auch begrüßen, da ja doch alle eigentlich das Gleiche wollen. Einer weiteren Prüfung würde er sich nicht entgegenstellen.

RF Wulff stimmt dem Wunsch zu, dass alle Schulen dezentral erhalten bleiben. Daran müssen alle gemeinsam arbeiten. Emotionen und Rationalität müssen zusammengebracht werden.

RF Tümler sieht das ebenso. Alle wollen gern die Standorte erhalten, aber es fehlen noch viele Grundlagen, um darüber zu entscheiden. Sie spricht sich ebenfalls für eine Aussprache im Ausschuss aus, wenn die Schulplanungsgruppe mit ihrer Arbeit fertig ist.

RF Bruns sieht den Antrag der CDU-Fraktion als ein Grundgerüst, auf dessen Grundlage weiter ermittelt werden soll.

RF Holsten spricht sich dafür aus, festzulegen, was man nicht möchte. Was tut man besseres mit einem Schulgebäude, als darin eine Schule zu betreiben? Sie kritisiert, dass die Zahlen von biregio anscheinend Tatsachen schaffen. Stattdessen sollte man innovativ an die Sache herangehen, die sehr komplex ist. Sie sieht den Antrag der CDU so, dass er diese Dinge voranbringt.

SGBM Eberle weist darauf hin, dass es bei der Untersuchung nicht um eine Entscheidung darüber geht, wie viele Standorte erhalten bleiben sollen. Es geht um den Prozess. Und dieser sollte sorgfältig sein. Alle sollen gehört werden.

RH Murso macht deutlich, dass es der SPD mit dem Antrag nicht um eine Willensbekundung im September geht, sondern darum, den einen Termin noch abzuwarten. Dann würde das Thema spätestens 2026 wieder auf die Tagesordnung kommen und eine Entscheidung gefällt werden können. Ein einstimmiger Beschluss über den Erhalt der Standorte ist deshalb nicht ausgeschlossen.

RF Hoppe nimmt es der SPD-Fraktion ab, dass sie auch für die vier Standorte ist. Die CDU möchte jedoch jetzt eine Planungssicherheit für die Öffentlichkeit. Die CDU steht für den Erhalt der Grundschulen um jeden Preis.

RF Holsten gibt den Standpunkt der Eltern wieder. Die Schulstandorte machen die Orte attraktiv und niemand möchte, dass sein Kind eine ¾ Stunde mit dem Bus fahren muss.

RH Lüdemann möchte bei dem Grundsatz bleiben, alle vier Standorte zu erhalten. Das wird als Ziel vorgegeben. Die Frage ist, wie können wir das erreichen? Er möchte auch Planungssicherheit für die Eltern, die sich in der Samtgemeinde Bothel niederlassen wollen.

Auf Antrag von RH Murso unterbricht RV Hestermann die Sitzung um 21.35 Uhr.

RV Hestermann eröffnet die Sitzung wieder um 21.55 Uhr.

RH Murso teilt mit, dass er den mündlichen Antrag auf eine geheime Abstimmung zurückzieht. Auch der Erweiterungsantrag der SPD Fraktion wird zurückgezogen. Schulleitung und Planungsgruppe sollen im Schulausschuss gehört werden, um das Thema danach wieder auf die Tagesordnung des Samtgemeinderates zu setzen.

RF Hoppe teilt mit, dass die CDU Fraktion ihren Antrag zunächst an den Schulausschuss verweist. Die RLSB und die Schulleitungen sollen vorher gehört werden um eine breite Meinung zu erwirken. Im Dezember soll dann ein Grundsatzbeschluss im Rat gefasst werden.

RV Hestermann teilt mit, dass somit auf eine Beschlussfassung verzichtet werden kann und schließt den Tagesordnungspunkt.

**TOP 9 Kommunalwahlen in Niedersachsen am 13.09.2026; Bestimmung des Wahltages für die Direktwahl der Samtgemeindebürgermeisterin/des Samtgemeindebürgermeisters
Vorlage: 01-32/2025**

Da keine Wortbeiträge erfolgen, lässt RV Hestermann über die Beschlussvorlage abstimmen.

Gemäß § 45b Absatz 2 des Niedersächsischen Kommunalwahlgesetzes (NKWG) wird als Wahltag für die Direktwahl der Samtgemeindebürgermeisterin/des Samtgemeindebürgermeisters der Samtgemeinde Bothel Sonntag, der 13. September 2026, bestimmt.

Es wird einstimmig beschlossen: Ja: 22 Nein: 0 Enthaltungen: 0

**TOP 10 Unbefristete Besetzung der Stelle Klimaschutzmanagement
Vorlage: 01-37/2025**

AV Behr erläutert die Beschlussvorlage. Nachdem das Klimaschutzkonzept mittlerweile fertig gestellt ist, liegt der Schwerpunkt nun auf der Umsetzung der Maßnahmen incl. der Einwerbung von Fördermitteln.

RF Dr. Hornhardt teilt mit, dass Sie aufgrund der angespannten Haushaltslage der Beschlussvorlage nicht zustimmen kann. Die Verwaltung sollte die Maßnahmen selbst umsetzen.

RF Holsten gibt zu bedenken, dass kein Klimaschutz teurer ist als Klimaschutz. Die Aspekte Nachhaltigkeit und Biodiversität sind wichtig.

RF Hoppe stimmt dem zu. Auch der Bereich der Fördermittel ist ausbaufähig. Zudem erhofft sie sich, dass auch die Mitgliedsgemeinden von dem Rat eines Klimamanagers profitieren können.

RF Wulff sieht das genauso und stellt den Antrag zur Abstimmung.

Es wird beschlossen, die Stelle Klimaschutzmanagement unbefristet auszuschreiben und zum nächstmöglichen Zeitpunkt zu besetzen.

Es wird mehrheitlich beschlossen: Ja: 20 Nein: 1 Enthaltungen: 1

TOP 11 Behandlung von Anfragen und Anregungen

SGBM Eberle möchte sich in aller Form für den guten Umgang des Samtgemeinderates mit dem komplexen und schwierigen Tagesordnungspunkt 9, Grundschulen, bedanken.

RH Woltmann bedauert, dass die Verwaltung in diesem Jahr am 12.07. nicht am Samtgemeindepokalturnier teilgenommen hat.

SGBM Eberle sagt, dass er die Einladung in diesem Jahr wohl leider übersehen hat.

TOP 12 Einwohnerfragestunde

Ein Bürger möchte anregen, dass in der Gremienarbeit die Redezeit bei schwierigen Themen reduziert werden sollte. Die Zuschauer könnten dann leichter folgen.

RV Hestermann bedankt sich für den Hinweis. Die Wortmeldungen und die Begrenzung der Redezeit, wie diese in der Geschäftsordnung festgelegt sind, hat er jedoch in diesem Falle zu Beginn des Tagesordnungspunktes 9 aufgehoben, um den zwei vorliegenden Anträgen und der Komplexität und Sensibilität des Themas Rechnung zu tragen.

Ein Bürger fragt, ob die Inhalte des Gutachtens zu den Grundschulen veröffentlicht werden.

SGBM Eberle sagt, dass dies von Beginn an beabsichtigt ist.

Eine Bürgerin macht darauf aufmerksam, dass es immer mehr Kinder mit Förderbedarf gibt. Die Eltern wollen Planungssicherheit und Antworten zu den Grundschulstandorten. Sie versteht, dass das ein schwieriger Prozess ist, der aber nicht zu lange dauern darf.

RV Hestermann verweist auf die notwendige Prüfung der Sachlage und die beabsichtigte Entscheidung im Dezember dieses Jahres.

Da keine weiteren Fragen gestellt werden, schließt RV Hestermann die Sitzung um 22.15 Uhr.